

[ʃpa:rkassən]

seit 1906

TREND

2016



SEITE 6: DAS WIRTSCHAFTSJAHR 2016 – EXPERTINNEN UND BANKERINNEN SCHAUEN VORAUSS

SEITE 20: GEBETE AUS DREI VERSCHIEDENEN BIBELN – FRANZ RUDORFER IM GESPRÄCH

SEITE 24: WIR SIND JUNG UND BRAUCHEN DAS GLÜCK – DIE GENERATION Y

ÖSTERREICHISCHE SPARKASSEN-ZEITUNG

FACHBLATT DES HAUPTVERBANDES DER ÖSTERREICHISCHEN SPARKASSEN

Folge **Eine geschichtsträchtige Zeitung.**

41. Jahrgang

Inhaltsübersicht

IM DIENSTE DER SPARKASSEN. Seit ihrem ersten Erscheinen im Jahr 1906 nimmt die Österreichische Sparkassenzeitung die Rolle als Gedächtnis der Sparkassen ein. Sie ist zugleich ein unerschöpfliches Archiv an Artikeln und Meinungen und – mit kurzen zeitlichen Abständen, in denen sie nicht erschien – immer ein wichtiges Kommunikationsmittel zur Identitätsstiftung, zur Vermittlung wirtschaftlichen Wissens und rechtlicher Informationen gewesen.

Ein- und Ausfuhr jugoslawischer Banknoten	159
Sicherstellungsweise Zessionen von Forderungen gegen die öffentliche Hand	159
Versicherung der Bedienerin	159
Berichtigung	160

Gesetze und Verordnungen:

Bundesgesetz vom 29. Juni 1954, womit Bestimmungen über die Mietzinsbildung für nicht dem Mietengesetz unterliegende Räume getroffen werden, BGBl. Nr. 132	160
--	-----

Verbände und Versammlungen:

Protokoll über die Vollversammlung des Hauptverbandes der Österr. Sparkassen am 22. Juni 1954	161
---	-----

Bücher und Broschüren:

nimmt die Durchführung eines Zinsfußwechsels mehrere Wochen in Anspruch. Es überlagern sich Schwierigkeiten, die dem langsam bekannten Zustand einer Atmosphäre, von der die Sparkassen, wenn der Abschluß bzw. die Bearbeitung fertig ist und stimmt. Fast scheint es, daß diese immer wiederkehrende Situation in den Sparkassen unabwendbar ist und es zu dem traditionellen Gepflogenheiten unseres Berufes gehört, den Jahreswechsel hinter dem Schreibtisch zu verbringen und auch sonst bei gewissen Anlässen oft wochenlang andauernde Überstundenarbeit zu leisten.

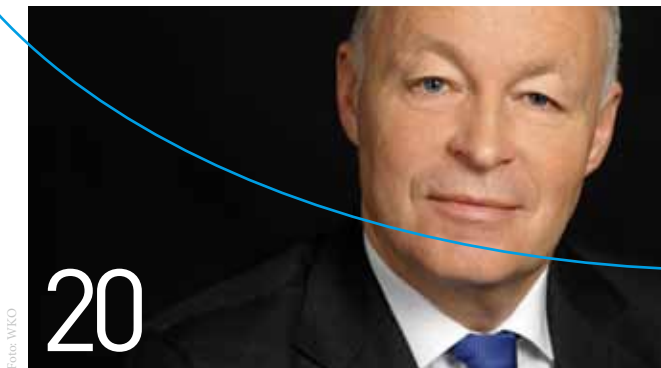
Die nachstehenden Gedanken und auch der Bericht über die bezüglich praktischen Erfahrungen in einer niederösterreichischen Sparkasse sollen nun zeigen, daß mit dieser Tradition gebrochen werden kann, wenn nur Organisation und Betriebslehre zusammenstehen und zunächst der Mut aufgebracht wird, neue zeitgemäße Wege zu beschreiten.

„Vorarbeiten besser als Nacharbeiten!“ Damit wird zum Ausdruck gebracht, daß es erstrebenswert ist, am Abschluß- bzw. Stichtag mit einer Massenarbeit tunlichst fertig zu sein. Die üblichen Arbeitseinteil-

IMPRESSUM UND OFFENLEGUNG GEMÄSS MEDIENGESETZ: Bezeichnung des Mediums: Österreichische Sparkassenzeitung; Medieninhaber, Herausgeber und Verleger: Österreichischer Sparkassenverband, Grimmelshausengasse 1, 1030 Wien, E-Mail: info@sv.sparkasse.at; Generalsekretär: Michael Ikrath; Präsident: Gerhard Fabisch; Chefredakteur: Armand Feka; Redaktion: Milan Frühbauer, Stephan Scoppetta, Bastian Kellhofer, Sophia Uhlich, Christian Prenger; Redaktionsbeirat: Karin Berger, Nicola Frimmel, Christian Hromatka; Produktion/Litho/Druck: Bernsteiner Media GmbH, Rautenweg 10, 1220 Wien, www.bernsteiner.at; Art Direktion/Gestaltung: Dina Gerersdorfer, www.gerersdorferdesign.at; Coverfoto: Daniel Hinterramskogler; Offenlegung gemäß § 5 ECG und gemäß § 25 Mediengesetz: <http://www.sparkassenverband.at/de/Impressum>



[ˈʃpa:rkassən] INHALT



IM FOKUS 4

Kurznachrichten
aus der Wirtschaft

ECONOMY 6

Vorschau 2016:
Ein Licht am Ende des Tunnels
Sparkassenvorstände im Gespräch

10
Was bringt TTIP der Wirtschaft?
Das Außenhandelsabkommen erklärt

12
Wünsche ans Finanz-Christkind
Feuilleton Milan Frühbauer

13
Familienbetrieb since 1932
Die Firma Achleitner

14
Les Miserables
Europas Problem mit Start-ups

16
Komplizierte Verbindung
„Bring your own device“

LAND UND MÄRKTE

18
Der lautlose Motor
Exporte als einziger aktueller
Wachstumstreiber

20
Gebete aus drei
verschiedenen Bibeln
Franz Rudorfer im Gespräch

WERTE
22
Willkommen in Österreich:
weil jeder Mensch zählt!
Soziale Initiativen

24
Wir sind jung und brauchen
das Glück
Die Generation Y

FINALE
26
Fünf Fragen an ...
Die Astrologin Gerda Rodgers

FORUM

ZAHLEN SPIEL



- Anteil der HörgeräteträgerInnen, die am liebsten das Lachen ihres Partners oder ihrer Partnerin hören:
43 Prozent
- Jährlich weggeworfene Lebensmittel weltweit:
1.300 Millionen Tonnen
- Zeit, die ein Büroangestellter im Laufe seines Arbeitslebens durchschnittlich vor dem Bildschirm sitzt:
9,1 Jahre
- Zahl der MilliardärInnen weltweit im Jahr 2015:
1.862
- Menschen in Österreich 2015, die nicht in Österreich geboren sind:
1,45 Millionen
- Geschätzte Zahl der Menschen in Österreich 2060, die nicht in Österreich geboren sind:
2,51 Millionen
- Transportaufkommen auf Österreichs Straßen im Jahr 2014 laut Berechnungen:
453,9 Millionen Tonnen
- Personen im Alter von 16 bis 74 Jahren, die in den letzten zwölf Monaten Waren oder Dienstleistungen im Internet eingekauft haben:
3,7 Millionen



Die Wir-Kultur
2015 war das Jahr der Krisen in Europa. Sie stellten unsere Gesellschaft nicht nur auf die Probe, sondern veränderten sie auch. Der Megatrend Individualisierung ent-

wickelte sich durch die sozialen Herausforderungen in Richtung einer neuen Wir-Kultur. Charakteristisch dafür ist die kollektive Sympathie Fremden gegenüber, die bisherige hedonistische Züge in den Schatten stellt. Das Beschenken und Begrüßen von Flüchtlingen, unzählige Initiativen, die darauf abzielen Heimatlosen ein Dach über dem Kopf zu geben – all das sind Beweise dafür, dass sich die Gesellschaft vom Egoismus entfernt und soziale Verantwortung immer mehr in den Mittelpunkt rückt.

Second Economy

Im Zuge der Industrialisierung wurden Menschen durch Maschinen ersetzt, um niederqualifizierte und routineartige Tätigkeiten auszuführen. Mittlerweile übernehmen Maschinen immer komplexere Aufgabestellungen und sind in der Lage kleine Probleme selbst zu lösen. Der Mensch tritt in Ausnahmefällen in Erscheinung und beobachtet, wie Maschinen mit Maschinen kommunizieren. Dieses Second-Economy-Phänomen zeigt sich auch in der Finanzbranche. Geschäftsvorfälle wie etwa Überweisungen laufen ohne menschliches Eingreifen problemlos ab und werden von ExpertInnen als Glattläufer bezeichnet. Machine-to-Machine-Prozesse stehen somit nicht nur in der Industriebranche auf der täglichen Agenda, sondern sind auch in der Finanzwelt ein wichtiges Thema.



Intelligente Stromnetze: Smart Grids

Die Stromversorgung befindet sich mit dem steigenden Energiebedarf und der verstärkten Integration von erneuerbaren Energien im Umbruch. Smart Grids sind die Antwort auf diese Herausforderungen und verbinden alle Akteure des Energiesystems über ein Kommunikationsnetzwerk miteinander. Die intelligenten Energienetze ermöglichen es, ein energie- und kosteneffizientes Gleichgewicht zwischen StromverbraucherInnen, StromerzeugerInnen und Stromspeichern herzustellen. Hauptziel ist es, gemeinsame Kräfte zu bündeln und einen energie- und kosteneffizienten Systembetrieb zu unterstützen. Smart Grids sind auch in Österreich ein brisantes Thema und könnten bis 2020 Realität werden.

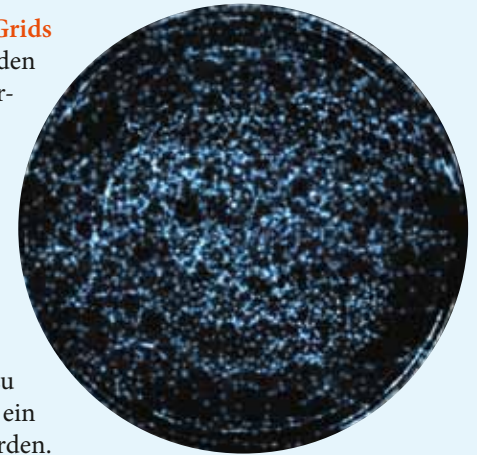


Foto und Illustrationen: iStock.com

EDITORIAL

Liebe Leserin, lieber Leser,

Die meisten Menschen blicken mit Vorfreude in die Zukunft, unsere Erwartungshaltung ist, dass es immer vorwärts geht. Was uns hilft, die Zukunft abzuschätzen, sind Trends. So einfach, so trivial. Ein Trend ist nichts anderes als eine Veränderungsbewegung oder ein Wandlungsprozess. Wir finden Trends in den unterschiedlichsten Bereichen des Lebens. In der Wirtschaft, in der Technologie und natürlich auch in der Politik. Und genau um diese Themen soll es in dieser Ausgabe gehen.

Auf Seite 6 erzählen uns Wirtschaftsforscher und eine Bankerin, was uns im Jahr 2016 erwartet: von „mental Problemen“ bis zu Perspektiven. Die Trends, von denen sie erzählen, machen nur „Sinn“, wenn wir sie in ihren jeweiligen Umwelt- und Referenzsystemen betrachten.

Was die Wirtschaft auf Trab hält, können wir halbwegs einschätzen: hochtechnologisierte Unternehmen, die mit ihren Innovationen den Markt aufmischen. Es gibt 108 Start-ups auf der Welt, die mehr als eine Milliarde Euro wert sind. Gerade einmal neun davon kommen aus Europa. Die Gründe, warum Europa für Start-ups nicht der richtige Ort zu sein scheint, erfahren Sie auf Seite 14.

Selbstverwirklichung, Selbstbestimmung, Sinnsuche: Aspekte, die bei der Generation Y im Mittelpunkt stehen. Diese Generation, im Zeitraum 1980 bis 1995 geboren, ist dabei, unsere Gesellschaft und unsere Arbeitswelt zu revolutionieren. Sie sind es, die Trends setzen und sie frühzeitig erkennen. Warum wir auf sie hören sollten, lesen Sie in unserem Artikel auf Seite 24.

Das Jahresende rückt näher. Ein Jahr, das viel Neues und Unerwartetes gebracht hat. Umso mehr freuen wir uns, dass Sie dieses Jahr und den Relaunch unserer Zeitung mit uns gemeinsam verfolgt haben.

Wir wünschen Ihnen angenehme Vorfreude, ein schönes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins neue Jahr!

das [ˈpa:rkassən] Redaktionsteam

2016

2016:

EIN LICHT AM ENDE DES TUNNELS

Von Stephan Scoppetta

Führende heimische WirtschaftsexpertInnen und Bankvorstände ziehen ein Resümee und geben einen Ausblick auf das neue Jahr. Fest steht: 2016 wird es nur eine leichte Entspannung geben, Österreich muss noch viele Hausaufgaben erledigen.

Das Jahr 2015 hat leider einen Negativ-Rekord gebrochen: Eine Arbeitslosenrate von 9,9 Prozent hat es seit 1946 in Österreich nicht mehr gegeben. 391.417 Menschen sind derzeit ohne Job. Grund: Österreich bewegt sich seit 2007 quasi nicht mehr. Trotzdem sind die ÖsterreicherInnen mit ihrer Lebensqualität überdurchschnittlich zufrieden. Das geht aus der aktuellen Studie der Statistik Austria „Wie geht's Österreich?“ hervor. Doch die Statistik Austria registriert unerfreuliche Entwicklungen: 2014 ging die reale Wirtschaftsleistung pro Kopf in der Alpenrepublik um 0,4 Prozent zurück (EU-28: +1,2 Prozent/Eurozone: +0,9 Prozent) und auch der reale Konsum pro Kopf sank um -0,6 Prozent, wogegen etwa Deutschland ein Plus von 0,9 Prozent verzeichnete. Die real verfügbaren Haushaltseinkommen pro Kopf verringerten sich in Österreich nach einem deutlichen Rückgang im Jahr 2013 auch 2014 nochmals um 0,2 Prozent (EU-28: +0,4 Prozent). Trotzdem ist die Lebenszufriedenheit der ÖsterreicherInnen im EU-Vergleich hoch: Auf einer Skala von 0 – überhaupt nicht zufrieden – bis 10 – vollkommen zufrieden – lag der Durchschnitt bei 7,8 (EU-28: 7,1). Das Gesamt-Fazit zur Studie des Statistik-Austria-Generaldirektors Konrad Pesendorfer: „Österreich geht es gut, sogar sehr gut, aber es hat an Schwung verloren, und die Dynamik hat in den letzten drei Jahren nachgelassen.“ Die Frage, die sich immer öfter stellt: Wie lange werden die ÖsterreicherInnen noch zufrieden sein. Schlüsselfaktoren dabei sind der materielle Wohlstand und damit auch die Themen Arbeitsplatzsicherheit und Bildung. Im Grunde hängt alles an der wirtschaftlichen Lage in den nächsten Jahren. Das Sparkassenmagazin hat renommierte Wirtschaftsforscher und Bankvorstände gefragt, wie sie die Entwicklung im nächsten Jahr einschätzen und was sich in Österreich ändern muss, damit das Land wieder in Fahrt kommt.



Prof. Christian Keuschnigg,
Wirtschaftswissenschaftler
Universität St. Gallen

„DIE WETTBEWERBSFÄHIGKEIT HAT ABGENOMMEN“

Prof. Christian Keuschnigg, Wirtschaftswissenschaftler an der Universität St. Gallen, bemängelt die sinkende Wettbewerbsfähigkeit, die Steuerreform und die Arbeitszeitflexibilität.

Was waren rückblickend die großen Probleme der österreichischen Wirtschaft im Jahr 2015?

Keuschnigg: Die Wettbewerbsfähigkeit Österreichs gegenüber anderen Vergleichsländern in der EU hat stark abgenommen. Die Exporte nehmen weniger rasch zu und die Unternehmen üben sich in Investitionszurückhaltung. Vom Staat kann derzeit kein Anschub kommen und der Privatkonsum leidet unter der steigenden Steuerbelastung. Die Arbeitslosigkeit steigt, wir wachsen weniger und die Budgetkonsolidierung wird noch schwieriger.

2016 soll sich das Wirtschaftswachstum an das europäische Wachstum anpassen. Ist damit die Talsohle durchschritten?

Keuschnigg: Die Eurozone erholt sich langsam. In Österreich sehe ich aber nicht, dass sich die Wachstumslücke zu Deutschland schließen wird.

Ist eine Entspannung am Arbeitsmarkt zu erwarten?

Keuschnigg: Das erhöhte Wachstum wird den starken Anstieg einbremsen, aber die Arbeitslosigkeit wird in den nächsten Jahren weiter ansteigen, denn die Wachstumsraten reichen für eine Trendumkehr bei weitem nicht aus.

Was muss passieren, damit Österreich nicht den Anschluss an die europäische Wirtschaft verliert?

Keuschnigg: Wir brauchen größere Reformen, die Zuversicht und Vertrauen schaffen. Auch die Sozialpartner sind gefordert, Lohnabschlüsse und Arbeitszeitflexibilität an dem auszurichten, was in einer Wirtschaft mit über 60 Prozent Exportanteil am BIP international verdient werden kann. Es gilt nicht nur hohe Löhne, sondern auch Jobsicherheit zu verhandeln.



Gabriele Semmelrock-Werzer,
Vorstandsdirektorin
der Kärntner Sparkasse

„WIR BRAUCHEN WIEDER PERSPEKTIVEN“

Gabriele Semmelrock-Werzer, Vorstandsdirektorin der Kärntner Sparkasse, über stagnierenden privaten Konsum, kurze Planungszeiträume und eine Altlastenbereinigung in Kärnten.

Wo hakt es derzeit in Österreich?

Semmelrock-Werzer: Nach wie vor ist kein deutlicher Aufschwung zu erkennen, auch wenn die Unternehmen positiver gestimmt sind. Das Exportgeschäft zieht an, das ist sehr erfreulich. Ich hoffe sehr, dass das Wachstum 2016 an Dynamik zulegt. Dass der private Konsum weiterhin stagniert, wundert mich nicht – die Mieten steigen, die Lebenshaltungskosten sind hoch. In Zeiten so großer politischer und makroökonomischer Unsicherheit muss man den Menschen – vor allem jungen Menschen – wieder Perspektiven bieten. Hier fehlen deutliche Impulse.

Warum leidet besonders die mittelständische Wirtschaft?

Semmelrock-Werzer: Was für die Wirtschaft extrem herausfordernd ist, sind die kurzen Planungszeiträume. Es gibt nur mehr sehr wenige Betriebe, die eine halbwegs stabile Jahresplanung machen können. Die meisten sind froh, wenn sich ihre Auftragsbücher zumindest auf ein halbes Jahr abschätzen lassen. Das wirkt sich natürlich auf Investitions- und Innovationsbereitschaft aus. Vor allem Unternehmen, deren Liquiditätspolster nicht so üppig ist, verhalten sich abwartend. So kann aber auch keine kraftvollere Dynamik entstehen.

Was wünschen Sie sich für 2016?

Semmelrock-Werzer: Kärnten hat ein sehr schweres Jahr hinter sich. Durch den finanziellen Engpass des Landes haben alle Bereiche der Gesellschaft gelitten. Die Wirtschaft hätte einen kräftigen Wachstumsimpuls vertragen. Das war leider nicht möglich – sogar im Sozialbereich gab es Kürzungen bis zu 40 Prozent. Mein Wunsch an das Christkind wäre, dass wir die Altlasten zügig bereinigen können und es wieder aufwärts gehen kann.



Franz Schellhorn,
Chef der Denkfabrik Agenda Austria

„WIR HABEN EIN MENTALES PROBLEM: ZUKUNFTSANGST“

Franz Schellhorn, Chef der Denkfabrik Agenda Austria, über Reformstau, steigende Arbeitslosigkeit und mehr unternehmerische Freiheit.

Was läuft derzeit in Österreich schief?

Schellhorn: Das fundamentale Problem der heimischen Wirtschaft ist ein mentales: die um sich greifende Zukunftsangst. Ausgelöst durch einen jahrelangen Reformstau, der das Gefühl der Menschen verstärkt, dass hierzulande Probleme nicht gelöst, sondern konsequent verdrängt oder von der Regierung nur moderiert werden. Hinzu kommen stark steigende Arbeitskosten bei kaum wachsenden Haushaltseinkommen, ein nach wie vor viel zu starres Arbeitsrecht, eine geradezu manische Überregulierung des gesamten menschlichen Handelns, eine geradezu paranoide Haltung gegenüber dem Freihandel (Stichwort TTIP), geschützte Dienstleistungsmärkte und kaum noch zu messende Produktivitätszuwächse.

Wird sich das Wirtschaftswachstum 2016 beschleunigen?

Schellhorn: Seit Jahren wird ein sich beschleunigender Aufschwung in Aussicht gestellt. Das Gegenteil ist der Fall. Österreich wird heuer zu den Ländern mit dem schwächsten Wirtschaftswachstum in ganz Europa zählen. Noch schlechter liegen nur Finnland und Griechenland. Treiber für einen sich fortsetzenden Abschwung scheinen derzeit leider in der Überzahl zu sein. Alle Hoffnungen ruhen auf den noch immer konkurrenzfähigen Teilen der Wirtschaft, die jenseits der Grenze große Erfolge feiern.

Wird die Steuerreform 2015 für einen Anschub sorgen?

Schellhorn: Die Tarifsenkung ist richtig, wichtig und auch längst überfällig. Sie wird dem Binnenkonsum guttun. Die Frage ist, wie zuversichtlich die Menschen sind. Österreich braucht einen sanierten Staatshaushalt, der den BürgerInnen zeigt, dass der Staat seine Ausgaben im Griff hat. Andernfalls werden sie annehmen, dass die Steuersenkung

von morgen die Steuererhöhung von übermorgen ist. Das ist kein gutes Umfeld für den Konsum, sondern eher für das „Angstsparen“. Um die Steuersenkung zu einem Erfolg zu machen, müsste die Regierung also noch an die öffentlichen Ausgaben rangehen. Um zu zeigen, dass die Entlastung der BürgerInnen auch eine echte ist.

Wie müssen die Rahmenbedingungen für die heimische Wirtschaft optimiert werden, dass Österreich wieder Fahrt aufnimmt?

Schellhorn: Am wichtigsten ist es, die schlechte Stimmung zu drehen. Das schafft man aber nicht mit der Einführung einer Vier-Tage-Woche und dem Ausbau der bedarfsorientierten Mindestsicherung, sondern mit Investitionen, die Jobs schaffen. Österreichs Regierung muss das Kapital umarmen, statt es systematisch aus dem Land zu treiben. Zudem braucht es wieder mehr unternehmerische Freiheit in diesem Land, nur so kann der Wirtschaftsstandort Österreich wieder an die Spitze gebracht werden. Wir brauchen wieder eine Regierungsspitze, die die Probleme nicht ignoriert, sondern löst. Und die etwas will mit diesem Land.



Marcus Scheiblecker,
Stellvertretender Leiter des WIFO

„DIE ARBEITSLOSIGKEIT WIRD BIS 2018 WEITER STEIGEN“

Marcus Scheiblecker, Stellvertretender Leiter des WIFO, über die Exportschwäche und eine stagnierende Wirtschaft bis 2020.

Was waren 2015 die Probleme der heimischen Wirtschaft?

Scheiblecker: Das schwache Wirtschaftswachstum resultiert nicht zuletzt auch aus einer Exportschwäche der heimischen Wirtschaft. Es gab einen starken Einbruch der Exporte nach Russland, keine steigende Exporte nach China, und auch die Deutschland-Ausfuhren schwächelten. Gerettet hat uns nur die Nachfrage aus den USA. Aber das hat alles nicht gereicht, um ein Ansteigen der Arbeitslosenzahlen zu verhindern.

Österreich verzeichnete 2015 die höchste Arbeitslosenrate seit dem Zweiten Weltkrieg. Wann wird die Arbeitslosigkeit in der Alpenrepublik wieder sinken?

Scheiblecker: Damit die Arbeitslosigkeit wieder sinkt, brauchen wir ein Wachstum von zwei Prozent, und das werden wir aus heutiger Sicht nicht vor 2020 erreichen. Wir gehen davon aus, dass die Arbeitslosenrate erst 2017/18 den Zehn-Prozent-Gipfel erreicht haben wird. Aber ein Sinken der Arbeitslosenrate ist derzeit für uns in den nächsten fünf Jahren nicht absehbar.

Bau schafft Arbeit. Werden die angekündigten Wohnbauoffensiven und Infrastrukturinvestitionen keine positiven Auswirkungen haben?

Scheiblecker: Hier rechnen wir mit positiven Effekten erst ab Ende 2016, doch insgesamt ist damit keine Trendumkehr zu schaffen. Wichtig wäre, dass auch die Exporte wieder anziehen. Das würde unserem Wachstum wieder auf die Beine helfen.

Die Steuerreform soll zu einer Entlastung der BürgerInnen führen und auch die Binnennachfrage ankurbeln. Wie stark wird dieser Effekt sein?

Scheiblecker: Es wird einen positiven Effekt im nächsten Jahr geben, aber durch die verabschiedete Gegenfinanzierung ist dieser sehr gedämpft. Auch ist ein solcher Anschub nicht sehr nachhaltig. Hier hätte es andere und bessere Möglichkeiten gegeben.

Was muss passieren, um ein nachhaltiges Wachstum in Österreich zu gewährleisten?

Scheiblecker: Wir brauchen dringend Investitionen in Bildung und hier ganz besonders in vorschulische Bildung, denn das hat enorme Effekte. Zudem müssen die Förderung der Forschung und Innovationen wieder ganz oben auf der österreichischen Agenda stehen. Hier sind zwar nur langfristig positive Effekte zu erwarten. Fängt man aber jetzt nicht damit an, werden wir in zehn Jahren noch schlechter dastehen als heute.



WAS BRINGT TTIP DER WIRTSCHAFT?

Seit Mitte 2013 verhandeln VertreterInnen der USA und der EU über das transatlantische Handels- und Investitionsabkommen (TTIP), von dem sich die EU eine Erhöhung des BIP-Wachstums um 0,5 Prozent erhofft. Ende Oktober ging in Miami die elfte TTIP-Verhandlungsrunde zu Ende.

Von Stephan Li

Die Verhandlungen zum kontroversen Abkommen kommen nur langsam voran. Starke öffentliche Kritik, vor allem aus Deutschland und Österreich, aber auch die ungeheure Komplexität des Abkommens im regulatorischen Bereich erschweren eine Weiterentwicklung. Doch was ist TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership) eigentlich?

SENKUNG NICHT-TARIFÄRER HANDELSHEMMNISSE
TTIP ist kein „einfaches“ Handelsabkommen, in dem bloß Zölle gesenkt werden. Nur die Hälfte des Handels zwischen den USA und der EU unterliegt einem Zoll. Für die meisten anderen Güter liegt der Zoll auf einem niedrigen einstelligen Prozentwert. Der Handel zwischen den zwei Wirtschaftsblöcken ist aber nicht frei.

Im Gegenteil, technische Produktvorschriften (zum Beispiel Normen, Prüfverfahren und Zulassungen) verursachen hohe Zusatzkosten und wirken dadurch oftmals wie

Zölle von mehr als 20 Prozent. In vielen Fällen gewähren diese Vorschriften das gleiche Niveau an Sicherheit oder Qualität, unterscheiden sich aber in Bezug auf technische Einzelheiten, oder im Verfahren zur Kontrolle der Einhaltung der Vorschriften. Durch Beseitigung von Doppelgleisigkeiten sollen Kosten gesenkt werden und die ursprünglichen Schutzfunktionen der Vorschriften erhalten bleiben.

Senkungen dieser sogenannten nicht-tarifären Handelsbarrieren sollen vier Fünftel des von der EU erhofften 0,5-Prozent-BIP-Zusatzwachstums ausmachen. Von den drei Grundpfeilern TTIPs sind sie daher der mit Abstand wichtigste.

Ein weiteres Element von TTIP ist ein verbesserter Zugang zu beiden Märkten: Viele der noch bestehenden Zölle sowie Restriktionen bei Dienstleistungen sollen fallen. Aber auch der Zugang zu staatlichen Projektausschreibungen soll erleichtert werden.

Der dritte Pfeiler von TTIP ist ein Konvolut von unterschiedlichen Initiativen in Bereichen wie Energie, Wettbewerbsrecht, geistiges Eigentum, oder aber auch Hilfestellung für KMUs. An dieser Stelle ist auch der höchst umstrittene Investitionsschutz zu nennen, der InvestorInnen bei „ungerechter Behandlung“ (zum Beispiel Diskriminierung, Enteignung ohne Entschädigung) das Recht geben soll, von Staaten Schadenersatz zu verlangen.

TECHNISCHE BRANCHEN PROFITIEREN AM STÄRKSTEN

Welche wirtschaftlichen Auswirkungen TTIP haben wird, ist derzeit noch schwer abzuschätzen. Dennoch legen erste Einschätzungen nahe, dass vor allem „technische“ Branchen stärker von TTIP profitieren sollten.

Im Automobilssektor werden die internationalen ECE-Regelungen (Economic Commission for Europe) für technische Vorschriften bei Kfz in den USA nicht anerkannt werden. Die in den USA definierten Regelungen (Mindestanforderungen an Bauteile) sind dabei meist weder strenger noch lockerer, aber anders. Durch harmonisierte Regeln sollen Exportkosten stark reduziert werden. Fahrzeugexporte in die USA könnten dadurch um 46 Prozent zulegen.

Im Maschinenbau ist die Lage ähnlich, unterschiedliche Regelungen führen oft zu hohen Zusatzkosten. Speziell bei elektrischen Geräten gibt es fundamentale Unterschiede, da die in Europa (und im Rest der Welt) verwendeten ISO/IEC-Standards in den USA nicht gelten. Außerdem variieren Regeln innerhalb der USA. Schätzungen zufolge entstehen durch zusätzliche Konformitätsprüfungen bis zu 20 Prozent höhere Kosten.

Der Technologiesektor würde durch ähnliche Einsparungen profitieren. Auch der pharmazeutische Bereich könnte stark profitieren, wenn zum Beispiel Studien, die zur Zulassung eines Medikaments notwendig sind, nicht doppelt gemacht werden müssen.

GERINGERE AUSWIRKUNGEN IN ANDEREN SEKTOREN

Der Bausektor könnte von TTIP ebenfalls profitieren. EU-Firmen sehen sich bei öffentlich ausgeschrieben Projekten in den USA oft schweren Hürden gegenüber, wie etwa dem „Buy American Act“. Kleinere Bauunternehmen werden davon aber wohl nur beschränkt profitieren.

In der Bekleidungsindustrie könnte die Vereinfachung von Herkunfts- und Etikettierungsregeln und das Fallen einzelner Zölle (bis zu 30 Prozent) den Handel deutlich erleichtern. HerstellerInnen von technischen Textilien und von Luxusgütern sollten die größten Nutznießer von TTIP sein. Doch wie im Bausektor ist der Gesamteffekt eher moderat, da der Großteil der Produktion in Drittländern, zum Beispiel in Asien, stattfindet.

Im Energie- und Rohstoffsektor erwartet man eher kleine Auswirkungen. So setzt sich die EU etwa für die Aufhebung von Restriktionen im Energieexport ein. Im Gasmarkt aber, wo Europa wegen russischer Abhängigkeiten am meisten profitieren würde, sind keine großen Veränderungen zu erwarten, da der Transport mit Flüssiggastanker viel teurer ist als über Pipelines.

Im Agrarsektor weisen Nahrungsqualitätsstandards zwischen den USA und der EU große Unterschiede auf. Hier gibt es daher wenig regulatorische Doppelgleisigkeiten und dadurch auch weniger potenzielle Harmonisierungen.

In der Chemiebranche sind auf Grund der starken Unterschiede bei der Bewertung und den Bewertungsmethoden keine großen Handelserleichterungen zu erwarten. Angleichungen bei der Etikettierung stehen daher im Fokus und sollten vor allem KMUs zu Gute kommen.

TTIP-KRITIK UND SPEKULATION

TTIP wird nicht nur Exportmärkte öffnen, sondern auch den Wettbewerb in Europa erhöhen. Insgesamt erwartet man jedoch zumindest positive volkswirtschaftliche Effekte.

Viele Kritikpunkte von TTIP-Gegnern sind nicht von der Hand zu weisen. So kann nicht ausgeschlossen werden, dass in Graubereichen Regelharmonisierungen zu Gunsten von Lobbys interpretiert werden und zu einem Verlust von EU-Standards führen.

Das größte Problem – und der stärkste Kritikpunkt – ist der Mangel an detaillierten Informationen. Bis TTIP ausverhandelt ist und beim Europäischen Parlament vorliegt, werden Spekulationen daher wohl ein wesentlicher Teil der TTIP-Analyse bleiben.

Dieser Artikel basiert auf einem internen Report, der in der Erste Group erstellt wurde – Autorin: Flora Boewing.

Von Milan Frühbauer

WÜNSCHE ANS FINANZ-CHRISTKIND

BANKERINNEN UND BANKKUNDINNEN IM ADVENT

Acht Jahre Bashing sind genug: Seit 2007 werden wir BankerInnen für alle Ungemach in Staat und Gesellschaft verantwortlich gemacht. Finanzkrise, maßlose Boni, gierige Verantwortungslosigkeit und milliardenschwere Staatssubventionen. Überhaupt: Wozu noch Finanzwirtschaft, wenn alle dort Falotten sind? Seit Jahren prasselt dieses Trommelfeuer auf uns ein. Jetzt sollte diese Hölle auf Erden endlich ein Ende haben.

Liebes Christkind, mach', dass die Politik und der Stammtisch begreifen, dass es ohne funktionierende Finanzwirtschaft kein Wirtschaftswachstum und somit keinen Sozial- und Wohlfahrtsstaat geben kann. Lege ihnen die Erkenntnis unter den Christbaum, dass biedere Investitionen der Unternehmen auch ein biederes Spareinlagenaufkommen brauchen. Gib den Gutmenschen und Kabarettisten endlich die Einsicht, dass Gott die braven RetailbankerInnen, Luzifer hingegen die ruchlosen InvestmentbankerInnen geschaffen hat. Das sollten endlich auch alle KritikerInnen begreifen, notfalls mit Hilfe des Heiligen Geistes. Der ist ja angeblich auch für die Financial Literacy zuständig ...

Acht Jahre Zinsendürre sind genug: Daher wollen wir SparerInnen und AnlegerInnen endlich wieder einen Lohn für unser Erspartes. Liebes Christkind, versuch bei der Europäischen Zentralbank ein gutes Wort für uns einzulegen. Wir wollen ja mit unseren Einlagen später keine teuren Autos kaufen oder auf die Malediven reisen, sondern sparen rechtschaffen für das Alter. Doch das Geld wird und wird nicht mehr. So war das kanonische Zinsverbot doch nicht gemeint, oder?

Nur die Finanzminister mit den horrenden Schulden profitieren: Das kann doch nicht im Sinne des göttlichen Auftrags sein? Übrigens: Wir wissen schon, dass nicht nur die Kirche, sondern auch Banken sparen müssen. Aber gib, dass noch einige Filialen in unserer Nähe erhalten bleiben. Nicht jeder von uns ist professionelle/r OnlinebankerIn. Und es geht das himmlische Gerücht, dass auch Du gelegentlich noch einen Erlagschein für Dich oder die Erzengel ausfüllst. Na eben ...



Von Armand Feka

FAMILIENBETRIEB SEIT 1932

Partner: Sparkasse Kufstein

Zu Beginn stand eine Huf- und Wagenschmiede, nicht unüblich für die damalige Zeit. 1932 gründete Franz Achleitner sein Unternehmen in Kundl im Bezirk Kufstein. Eine Schmiede, aus der bis 2015 ein international tätiges Unternehmen im Fahrzeugbau und ein lokaler Platzhirsch im Reifenhandel geworden ist.

Von der handwerklichen Schmiede zu einem gewerblichen Mittelstandsunternehmen war es ein weiter Weg. Ein Weg, der von Beginn an als Familienunternehmen beschritten wurde, so, wie das Unternehmen auch heute noch aufgebaut ist: Mit 240 MitarbeiterInnen, hochwertigen Produkten, Flexibilität in der Durchführung von Aufträgen sowie solidem Know-how in den einzelnen Sparten hat sich das Achleitner einen international angesehenen Namen erarbeitet. 1953 übernimmt Sohn Franz den elterlichen Betrieb in jugendlichem Alter, als jüngster Meister in Österreich führt er das Unternehmen durch turbulente Zeiten mit einem ständigen Aufstieg. Seinen heutigen Hauptsitz hat das Unternehmen seit Anfang der 70er Jahre in Wörgl und eine weitere Fertigungsstätte im Nachbarort Radfeld.

Heute erhalten KundInnen Reifen- und Felgenprodukte sowie eine fachgerechte Montage in elf Filialen im Westen Österreichs (zehn in ganz Tirol und eine in Salzburg). Der renommierte Fahrzeugbauer ist über Österreichs Grenzen hinweg bekannt. Die Palette reicht von Sonder- und Nutzfahrzeugen bis zu Militärfahrzeugen. Im Fahrzeugbau beträgt der Export unglaubliche 90 Prozent.

Für den Erfolg ausschlaggebend ist nicht selten – neben dem Markt und richtigen wirtschaftlichen Entscheidungen – auch die Mentalität. Eine Einstellung, die MitarbeiterInnen als Familie betrachtet. „Wir fördern und fordern initiativen, eigenverantwortliches Denken und Handeln, sowie gegenseitige Wertschätzung. Viele unserer MitarbeiterInnen sind seit 20 bis 40 Jahren im Unternehmen“, betont Helmut Achleitner, Geschäftsführer in dritter Generation.



Von Bastian Kellhofer

LES MISERABLES

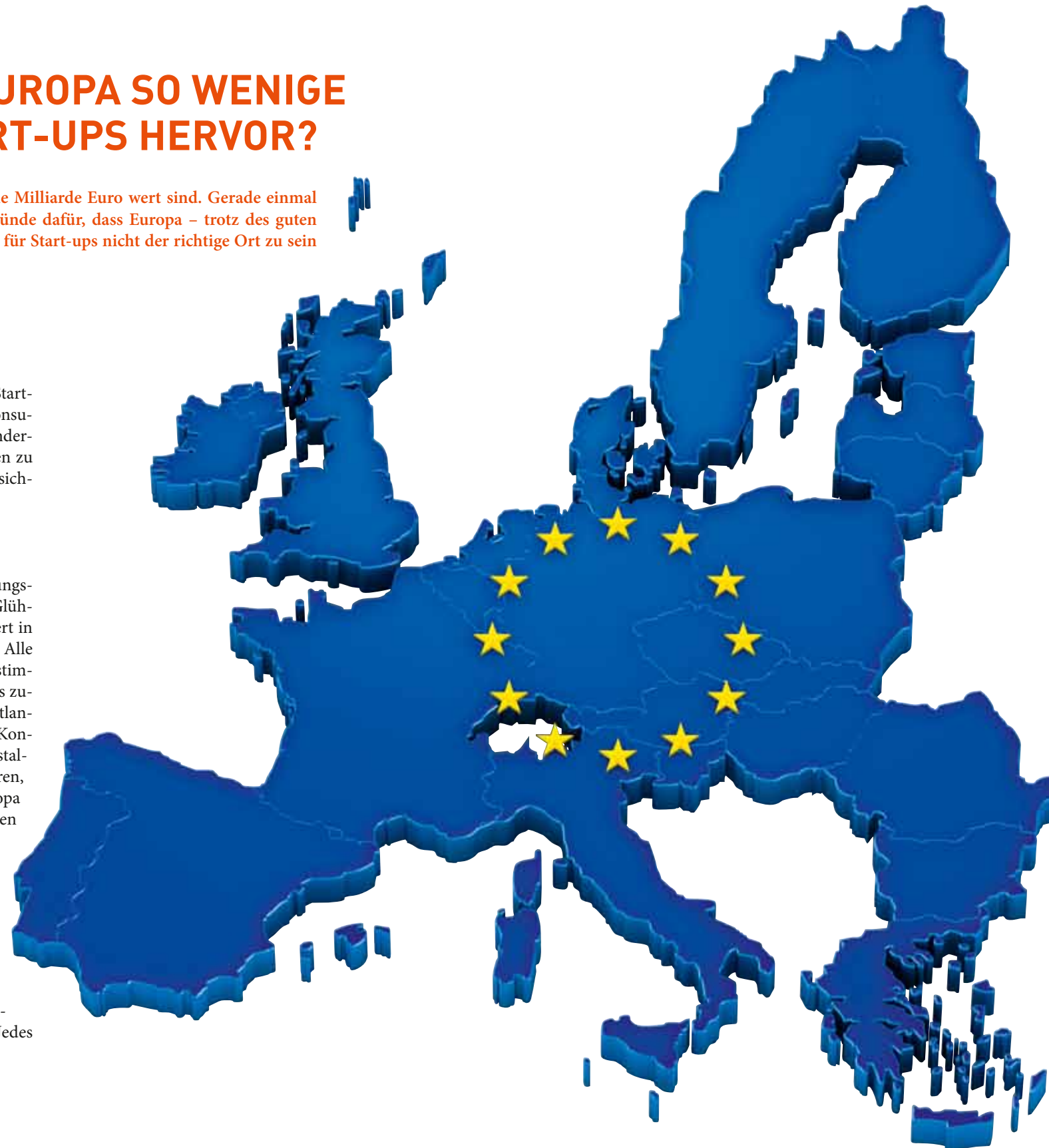
WESHALB BRINGT EUROPA SO WENIGE ERFOLGREICHE START-UPS HERVOR?

Es gibt 108 Start-ups auf der Welt, die mehr als eine Milliarde Euro wert sind. Gerade einmal neun davon kommen aus Europa. Was sind die Gründe dafür, dass Europa – trotz des guten Bildungsgrades und der hohen sozialen Standards – für Start-ups nicht der richtige Ort zu sein scheint?

1. Europa ist nicht ein Markt. Während jedes US-Start-up einen Markt von 300 Millionen potenziellen KonsumentInnen vor der Haustüre hat, gilt es in Europa länderspezifische Regularien zu beachten, dutzende Sprachen zu integrieren und kulturelle Gepflogenheiten zu berücksichtigen. Kein leichter Start.

2. Die europäische Regulierungswut. Der Krümmungsgrad für importierte Bananen ist das Paradebeispiel. Glüh- und Halogenbirnen, künstlicher Zimt: Die EU reguliert in langwierigen Prozessen sämtliche Handelsprozesse. Alle involvierten Länder müssen einer Neuordnung zustimmen. Dabei vergehen Jahre. Für Start-ups bedeutet das zusätzliche Hürden, die ihren KollegInnen jenseits des Atlantiks völlig fremd sein dürften. Europa bestimmt, dass KonsumentInnen zustimmen müssen, wenn Cookies installiert werden. Das ist nur ein Fall. Start-ups profitieren, wenn sich Märkte von unten heraus verändern. In Europa wird der Markt von der Politik, also von oben nach unten reguliert. Das bringt selten einen Vorteil.

3. Europa fehlt ein wahrer Hub. Ein Anziehungspunkt, zu dem die Talente des Kontinents strömen können. New York, das Silicon Valley sind wahre Schmelztiegel an Wissen und Innovation. Dort erfinden sich neue Geschäftsmodelle aus der kreativen Masse heraus. Dieser metropole Magnet fehlt in Europa. Jedes Land bastelt an seinem eigenen, nationalen Hub.



4. In Europa fragt man nach. Der Erfolg von Uber, Airbnb und anderen war schon da, als sich staatliche Institutionen meldeten und nach Regulierungen verlangten. Airbnb hatte den Rollout schon hinter sich, als die Hotelbranche erste tiefeschürfende Fragen hatte und sie gerichtlich klären ließ. In Europa fragt man zuerst an und richtet sich im Anschluss nach den Vorgaben. Das mag an kulturellen Unterschieden in der Business-Konditionierung liegen, hemmt aber die Entwicklung wahrhaft durchschlagender Start-ups.

5. Es fehlt an Geld und an Risikobereitschaft. Die europäischen InvestorInnen verlangen nach felsenfesten Regeln für ihre Investments und nach wasserdichten Businessplänen. Auch hier bremsen die Bürokratie und der ausufernde Zugriff des Staates. Deshalb flüchten viele GeldgeberInnen in Regionen, in denen sie sogar Geld vom Staat zurückbekommen, wenn ein Investment schief läuft. Nach Großbritannien zum Beispiel. Oder eben in die USA.

6. Die Lobbys machen die Politik. Ein Hemmschuh für Start-ups sind auch neu angelegte Initiativen wie die Aufhebung der Netzneutralität durch die EU. Künftig sollen einige Unternehmen bevorzugt mit schnellem Internet ausgestattet werden. Ein großes Geschäft für die etablierten Provider. Jene neuen Unternehmen also, die erst eine Nutzerschaft aufbauen müssen, die erst einmal keine laufenden Einkünfte haben und finanziell von Risikokapitalgebern abhängig sind, sollen künftig Telekom-Anbieter dafür bezahlen, dass ihre Inhalte störungsfrei bei den NutzerInnen ankommen. Das grenzt an Erpressung.

7. Steuersätze. In Österreich zahlen JungunternehmerInnen vom ersten Umsatz an gewaltige Summen an Steuer und Sozialversicherung, die 50 Prozent ihrer Einnahmen verschlingen. Diese könnten gut für den Ausbau des Unternehmens, neue Angestellte oder die Infrastruktur verwendet werden. Leider sind auch dort die Regularien derart verstaubt, dass diese Unterfangen für viele unmöglich werden.

Von Christian Prenger

KOMPLIZIERTE VERBINDUNG

Hinter der Abkürzung BYOD verbirgt sich ein IT-Trend mit Zündstoff: „Bring your own device“, die berufliche und private Nutzung mobiler Endgeräte, beschert Firmen weniger Aufwand und motivierte MitarbeiterInnen, aber auch ein Security-Krisengebiet.

Die heißgeliebte Fernbedienung des Lebens garantiert keineswegs überall Glücksgefühle. Zumindest nicht im Geschäftsbereich: Seit Smartphones zum Kultgegenstand der mobilen Generation avanciert sind, müssen iPhone und Co. überall mit von der Partie sein. Natürlich ebenfalls am Ort des Broterwerbs – was zu einem Trend geführt hat. Er verbirgt sich hinter dem harmlos wirkenden Kürzel BYOD: „Bring your own device“ steht für die gleichzeitige berufliche und persönliche Nutzung von tragbaren Devices. „Immer mehr MitarbeiterInnen verwenden ihre privaten mobilen Endgeräte im Unternehmen, um möglichst flexibel und komfortabel arbeiten zu können“, erklärt Dieter Steiner, Geschäftsführer von Security-Service-Provider SSP Europe.

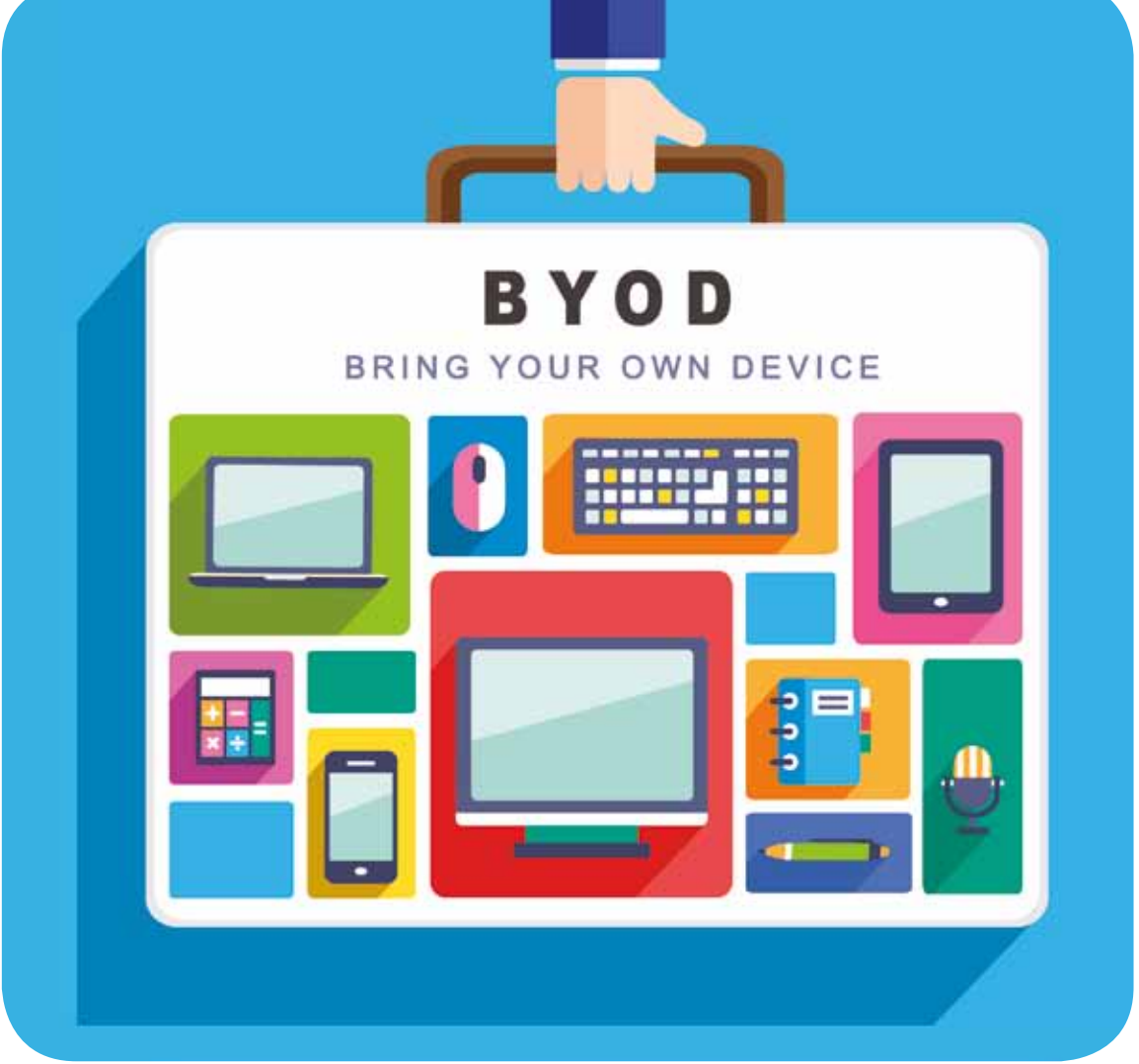
War es anfangs ausschließlich ein Bedürfnis von ArbeitnehmerInnen, ihr eigenes Smartphone oder Tablet ins Büro mitzunehmen, so besteigt jetzt die Chefetage den Zug. Laut den MarktforscherInnen von Gartner wird rund die Hälfte der Bosse bis 2017 von Fachkräften verlangen, ihre Geräte im Job einzusetzen.

HANDY, MARKE „JURASSIC PARK“
Solche Wünsche kommen keineswegs aus dem strategischen Nichts. Denn so lässt sich das Firmenbudget schonen, da die Anschaffungskosten für professionelle Hardware sinken. Der digitale Speed ist ebenfalls besser zu bewältigen: Neue, noch bessere Modelle erblicken immer schneller das Licht der Welt und die Preise steigen konstant. Was kann ArbeitgeberInnen Besseres passieren, als dass Techno-Fans neue Überflieger aus der eigenen Tasche berappen. Die Wartungskosten lassen sich ebenso schonen. Nicht nur, weil MitarbeiterInnen ihren Kommunikations-Darling meist liebevoller behandeln als ein Handy Marke

„Jurassic Park“ aus dem Firmen-Gerätefundus. Außerdem muss für Probleme nicht sofort ein/e TechnikerIn anrücken oder der Support Überstunden einlegen. Die BesitzerInnen wissen meist selbst, wie sie ihrem Gerät erste Hilfe leisten können. Ganz zur Freude der ControllerInnen, die dieses Übertragen des Managements von Endgeräten auf die Belegschaft sicher befürworten. Denn ExpertInnen orten unter dem Strich ein Sparpotenzial von 30 Prozent bei den IT-Aufwendungen.

Umwegrentabilität ist gleichermaßen zu erwarten. Wenn Fachkräfte mit ihren eigenen coolen Devices auch arbeiten dürfen, könnte sogar die Motivation profitieren, lautet die These von FirmenlenkerInnen. Eine Studie der MarktforscherInnen von Ipsos im Auftrag des IT-Spezialisten Citrix unterstreicht jedenfalls diese Annahme: In Deutschland verzeichnet verzeichnen mehr als zwei von fünf Unternehmen, die BYOD praktizieren, Produktivitätszuwächse von über 20 Prozent.

PROPHYLAXE IST EIN MUST
Doch selbst solche Glückshormone aus der betrieblichen Nervenbahn können Schattenseiten nicht überdecken. Es



ist die mögliche Gefährdung der Datensicherheit, die ManagerInnen ebenfalls zu denken gibt. Mobile Geräte erfreuen sich steigender Popularität bei Betriebsspionen oder Hackern – wenn dann zahllose Modelle und Betriebssysteme im geschäftlichen Einsatz sind, wird die Arbeit der zuständigen Sicherheitsleute zum Alptraum. Allein aufgrund der Quantität im Business-Bereich. In zwei Dritteln der Betriebe verwenden die MitarbeiterInnen mobile Endgeräte gemäß der BYOD-Philosophie. In größeren Unternehmen ab 1.000 Personen ist diese Praxis besonders weit verbreitet. Die Gefahr ist also sehr groß, dass sensible Daten in falsche Hände geraten, ermittelte die Unternehmensberatung Sopra Steria Consulting.

Manche machen es potenziellen Angreifern auch leicht, sei es aus Sorglosigkeit oder aus Unterschätzung der Lage. So erfolgt bei 40 Prozent der Firmen keine Verwaltung der Geräte mit Sicherheits-Updates. Auch Guidelines für sicheren Gebrauch sind bei rund einem Drittel der Betriebe fehlend. Wie auch regelmäßige Sicherheitschecks.

„Mobiles Arbeiten schafft nicht nur Flexibilität, sondern auch Risiken. Denn bei der geschäftlichen Nutzung von

Privatgeräten entsteht ohne Sicherheitsmaßnahmen die Gefahr von ungewolltem Datenabfluss, weil die User selbst nicht immer regelmäßige Updates durchführen oder bedeutende Unternehmensdaten nicht von ihren privaten Informationen separieren“, warnt Gerald Spiegel, Leiter Information Security Solutions bei Sopra Steria Consulting.

Prophylaxe ist also ein Must, verdeutlicht Dieter Steiner: „Unternehmen benötigen klare Richtlinien. Darin muss geregelt sein, wie private und geschäftliche Daten getrennt werden sollen, wer wann und auf welche Weise Zugriff auf Informationen hat und welche Security-Vorkehrungen nötig sind. Wichtig sind starke Passwörter, ein zuverlässiger Virenschutz und die möglichst effiziente Verschlüsselung.“

In der Erste Bank existieren solche klaren Regulierungen für die neue digitale Realität. „Wir ermöglichen mit internen Vereinbarungen die Nutzung von BYOD. Dabei ist wie bei firmeneigenen Geräten die Verwendung der ausgewählten Mobile-Device-Management-Lösung eine zwingende Voraussetzung“, bestätigt IT-Chef Horst Weichselbaumer.

Auch die Eigenverantwortung spielt eine Rolle, vermerkt Weichselbaumer: „Außerdem setzen wir voraus, dass unsere MitarbeiterInnen verantwortungsvoll mit Geschäftsdaten umgehen. Dies wird durch regelmäßige Informationen über Gefahren bei der Verwendung mobiler Geräte unterstützt.“

Vielleicht schafft auch diese Alternative Beruhigung bei den Hütern der Elektronik, der Fachleute gute Chancen auf Akzeptanz einräumen: CYOD (Choose your own device). Dabei wählen MitarbeiterInnen aus einer aktuellen Liste ihres Arbeitsgebers das gewünschte Modell, das ebenso für den Privatgebrauch vorgesehen ist. So arbeitet jeder und jene mit seiner oder ihrer favorisierten Hardware, das Risiko von Datenlecks sinkt. Steigen dürfte dafür die Laune vieler IT-Verantwortlicher.



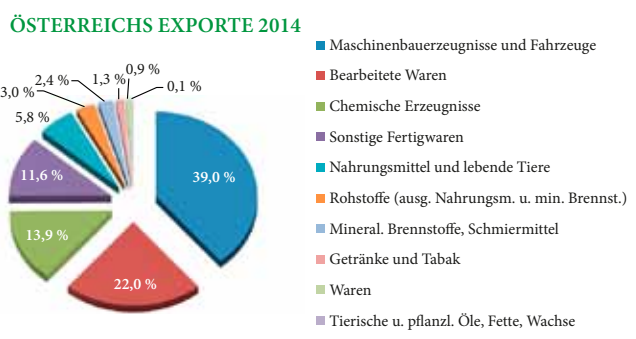
DER LAUTLOSE MOTOR

DER EINZIGE AKTUELLE WACHSTUMSTREIBER SIND DIE EXPORTE.

Von Milan Fröhbauer

Die Meldung kommt allmonatlich: doch selbst die Qualitätszeitungen widmen ihr bestenfalls einen knappen Zweispalter. Dabei geht es um den gegenwärtig einzigen wirklich funktionierenden Wachstumsmotor der österreichischen Wirtschaft. Die heimischen Exporte sind wieder auf Wachstumskurs, doch die Öffentlichkeit nimmt davon wenig Notiz.

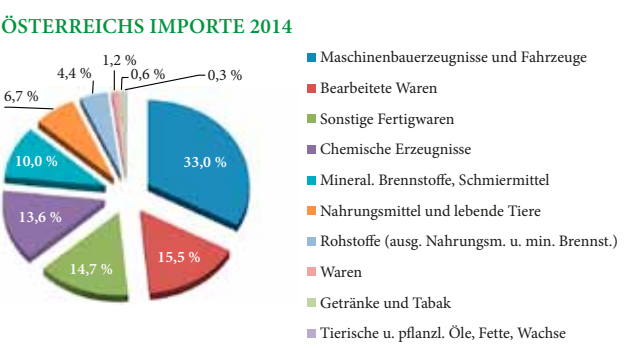
Sehr zu Unrecht: Denn die für 2015 angesagten, ohnehin international recht bescheidenen 0,9 Prozentpunkte Wachstum des BIP verdanken wir größtenteils der Exportkonjunktur, betonen die WirtschaftsforscherInnen in ihren ersten Jahreszusammenfassungen. Die bisher vorliegenden Zahlen belegen die Motorfunktion. Von Jänner bis August dieses Jahres stiegen die Ausfuhren um 2,5 Prozent, während die Einfuhren um nur 1,2 Prozent zunahmen. Damit hat sich erfreulicherweise auch der Importüberschuss gegenüber 2014 halbiert. Der August signalisierte einen Exportschub, der sich – so die ExpertInnen – bis Jahresende fortsetzen könnte.



Die Exporte legten um 6,7 Prozent zu und übertrafen neuerlich das Einfuhrwachstum. Mehr als 40.000 österreichische Unternehmen sind derzeit regelmäßig als Exporteure tätig. Das Gesamtvolumen der Ausfuhren wird 2015 knapp an der 130-Milliarden-Euro-Marke liegen. Das sind gut 40 Prozent des Brutto-Inlandsprodukts.

STREUUNG DER EXPORTE ÜBER DIE EU HINAUS
Dieser Erfolg kommt nicht automatisch, wie das seltsam geringe Interesse der Öffentlichkeit vermuten lässt. Eine Ausfuhrleistung von etwa 355 Millionen Euro je Kalendertag (!) muss im internationalen Wettbewerb hart erwirtschaftet werden. Vornehmlich von der Industrie, aber auch von einer die Industrieexporte professionell begleitenden Dienstleistungswirtschaft. Deren Anteil – etwa bei Planung, Montage und operativer Führung installierter Anlagen – wird immer größer. Mehr als 500 österreichische Produktionsbetriebe verfügen mittlerweile über einen Exportanteil von mehr als 85 Prozent. In nicht wenigen Unternehmen erreichen die Ausfuhrquoten sogar mehr als 95 Prozent des Gesamtumsatzes.

Dazu braucht es einige Voraussetzungen: hohe Forschungsintensität, dynamische Innovationsaktivitäten, eine professionelle Vertriebsorganisation sowie gegebenenfalls ein



Netz von Kooperationspartnern, mit denen man gemeinsam auf den Weltmärkten auftritt. Die Struktur der österreichischen Exporte hat sich in den vergangenen Jahren deutlich verändert. Der Anteil der 28 EU-Länder an den heimischen Ausfuhren sank auf rund 68 Prozent. Gleichzeitig steigt die Bedeutung der sogenannten Drittstaaten. Das heißt, die Streuung der Exporte über die EU hinaus nimmt deutlich zu. Damit wird die Ausfuhrwirtschaft ein Stück unabhängiger von regionalen Konjunkturschwankungen auf den Zielmärkten.

Zugenommen hat in den vergangenen Jahren auch die Wertschöpfung der Exportprodukte. Es sind Maschinen und Fahrzeuge, die an der Spitze der exportierten Warengruppen stehen. Das alles braucht Zehntausende Leistungsträger in der Exportwirtschaft im weitesten Sinne. ForscherInnen, KonstrukteurInnen, MarketingexpertInnen, fremdsprachig sattelfeste VerhandlerInnen, JuristInnen, die sich logistisch auf Exportmärkten auskennen, ebenso wie ExpertInnen, die in der Projektfinanzierung ideenreich und sattelfest sind.

Das sind die SystemerhalterInnen des Wachstumstreibers Export. Maschinisten des lautlosen Motors ...

ÖSTERREICH'S TOP-10-EXPORTPARTNER 2014 (in Millionen Euro)

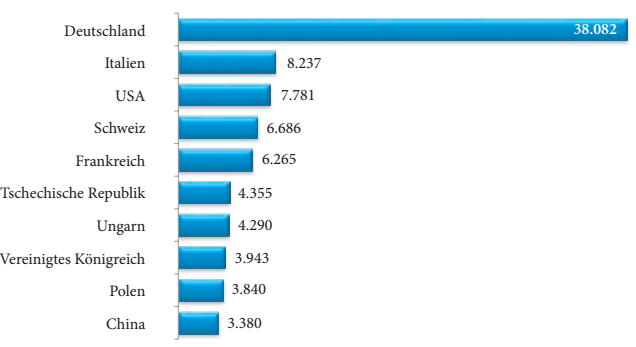


Photo: iStock.com

Quelle: Tortengrafiken und Balkengrafik: WKO



„GEBETE AUS DREI VERSCHIEDENEN BIBELN“

Ein Gespräch mit Franz Rudorfer, Geschäftsführer der Sparte Banken und Versicherungen in der Wirtschaftskammer Österreich

Von Milan Frühbauer

„Die Gebote, die uns die EZB verordnet, stammen aus drei verschiedenen Bibeln.“

Franz Rudorfer,
Geschäftsführer der Sparte Banken
und Versicherungen in der WKÖ

Die gemeinsame Stimme der Banken und Versicherungen auch innerhalb der Wirtschaftskammer lautstark zu erheben, ist eine seiner wichtigen Aufgaben. Dabei fühle er sich von WKÖ-Präsident Christoph Leitl ermutigt, denn dieser wisse um die gesamtwirtschaftliche Bedeutung einer funktionierenden Geldwirtschaft und sei über das gelegentliche Banken-Bashing auch in UnternehmerInnenkreisen nicht glücklich. Zusätzlich positiv wirkt sich das Engagement von Spartenobmann und Chef der Erste Group Bank, Andreas Treichl aus. Dieses hebt die Funktion der Banken und ihre unverzichtbare ökonomische Position hervor.

Franz Rudorfer kämpft an vielen Fronten. In jüngster Zeit registriert er ein verbessertes Verständnis für Banken und BankerInnen im Lande. Auch die restriktiven und standortpolitisch bedenklichen Auswirkungen der heimischen Bankensteuer werden von der Politik nicht mehr diskussionslos vom Tisch gewischt. Es gibt wieder die Einsicht, dass es ohne wettbewerbsfähige Finanzindustrie nicht gehe. „Die Politik beginnt zu verstehen ...“ Schwierig ist hingegen das Erfüllen aller Postulate, die jetzt praktisch täglich auf die europäische Bankenwelt niederprasseln. Rudorfer hat dafür ein sehr anschauliches Bild: „Das Morgengebet der EZB an die Banken lautet: Ihr müsst profitabler werden! Zu Mittag wird dann die Niedrigzinspolitik prolongiert und im feierlichen Mittagsgebet mit konjunkturellen Impulsen begründet. Im Abendgebet wiederum werden hingegen neue administrative Anforderungen formuliert, die wieder zusätzlich Geld kosten. Das heißt: Wir sollen mit niedrigsten Zinsen und wachsenden Aufwendungen für Regularien aller Art unterm Strich mehr Ertrag erwirtschaften! Diese Gebete beziehungsweise Gebote, die uns die EZB verordnet, stammen offensichtlich aus drei verschiedenen Bibeln ...“

ZUSÄTZLICHER STRESSTEST FÜR DIE SPARERINNEN

Das anhaltend niedrige Zinsumfeld sei gerade für die „biederen RetailbankerInnen“ eine nachhaltige Belastung.

SparerInnen und AnlegerInnen leiden, und die Erträge sind schwer unter Druck. Dennoch, oder gerade deshalb: „Ein Kredit kann nicht zinsenlos gewährt werden, da müssen auch die KonsumentenschützerInnen Vernunft walten lassen.“ Eine klare Absage erteilt der Spartengeschäftsführer einem internationalen Haftungsverbund, wie ihn EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker jüngst forderte. „Wir sind strikt gegen eine Vergemeinschaftung des Risikos. Das wäre ein zusätzlicher Stresstest für die SparerInnen, und die haben mit den niedrigen Zinsen schon wahrlich Stress genug.“ Auch bei einem weiteren „Gemeinschaftsprojekt“ gibt sich Rudorfer deutlich ablehnend. Eine Finanztransaktionssteuer (FTS) – so wie sie derzeit angedacht ist – wäre Gift für die Börse, generell für die Kapitalmärkte und auch für die Fondswirtschaft in jenen elf Ländern, die sich politisch die FTS vorstellen können. „Alles, was nicht weltweit funktioniert, führt sofort zu regionalen Umgehungshandlungen“, begründet Rudorfer das „Nein“ der heimischen Kreditwirtschaft. Sorgen bereitet auch der Boom an nationalen und internationalen Regelwerken, die den Banken einen rapid ansteigenden administrativen Aufwand abfordern. Rudorfer warnt: „Wir brauchen eine ausreichende Ertragslage, um etwa die Herausforderungen der Digitalisierung bewältigen zu können. Die Banken müssen genug Ressourcen haben, um diese Geschäftsfelder in den Märkten der Zukunft nicht zu verlieren.“

Immer öfter würden AnbieterInnen aus dem Nicht-Bankenbereich auftreten und sich die Rosinen aus dem Marktkuchen picken. Diese „Schattenbanken“ müssten schon aus wettbewerbsrechtlichen Gründen denselben Regeln unterworfen werden. Diese Problematik ist vorerst nicht zufriedenstellend gelöst, meint Rudorfer.

Für seine Funktion in der WKÖ gibt es ein klares Credo: Gemeinsamkeit in der Sparte, Überzeugungskraft in der Kammer, Proportionalität bei den Regulierungen und Ausbau der Stärken der österreichischen Finanzwirtschaft. Ein steiniger Weg ...



Von Alexandra Rosetti-Dobslaw

WILLKOMMEN IN ÖSTERREICH: WEIL JEDER MENSCH ZÄHLT!

ERSTE Stiftung, Erste Group und Sparkassen engagieren sich mit ihren MitarbeiterInnen für Flüchtlinge in Österreich.

Unzählige Menschen müssen derzeit aus ihrer Heimat fliehen und suchen Schutz und Sicherheit in Europa. Viele kommen auch zu uns nach Österreich. Sie möchten hier ein neues Leben beginnen, ihre Kinder hier in die Schule schicken. Sie kommen, um zu bleiben. Seit dem Sommer ist vor allem humanitäre Hilfe gefragt, es geht primär um Soforthilfe, um die Erstaufnahme oder darum, den vorübergehenden Aufenthalt zu erleichtern. Seit Monaten engagieren sich unzählige MitarbeiterInnen in den Notschlafstellen in der ehemaligen Erste-

Bank-Filiale am Wiener Westbahnhof und in den künftigen Räumen der ERSTE Stiftung am Erste Campus in Wien. Viele SparkassenmitarbeiterInnen sind in ihren Gemeinden aktiv, schließen sich anderen Initiativen an, kochen, sortieren Sachspenden, geben Deutschkurse.

Unmittelbar schließt sich jedoch die Frage an: Wie geht es langfristig weiter? Wir sollten uns bereits jetzt überlegen, wie wir in Zukunft ein gutes Zusammenleben mit Flüchtlingen

und AsylwerberInnen gestalten, wie wir gemeinsam einen Beitrag dazu leisten, ein gutes Umfeld für schutzsuchende Menschen zu schaffen.

GRUNDSTEIN FÜR JEDE WIRKSAME HILFE: AUFKLÄRUNG UND INFORMATION

Die Erfahrung hat gezeigt, dass klare und umfassende Informationen, zum Beispiel über die Zahl der in Österreich bereits aufgenommenen Flüchtlinge, über die Höhe des Taschengelds oder den Verlauf des Asylverfahrens eine erste wichtige Voraussetzung sind und letztlich zu einer wesentlich größeren Bereitschaft führen, Flüchtlinge willkommen zu heißen und aufzunehmen.

So hat ein Team der ERSTE Stiftung eine Sammlung von Fragen und Antworten erstellt: Das handliche Kartenset soll alle, die sich für Flüchtlinge in Österreich einsetzen und sie in der eigenen Gemeinde, im eigenen Umfeld willkommen heißen, mit guten Argumenten, Fakten, aktuellen Informationen, Antworten auf mögliche Fragen, Tipps – und auch konkreten Vorschlägen für eigenes Engagement – unterstützen. Auch online sind die Fragen & Antworten zugänglich:

www.weil-jeder-mensch-zaeht.at

Doch damit nicht genug: Auf einer Reihe von Informationsveranstaltungen in allen Bundesländern* möchten wir gemeinsam mit MitarbeiterInnen der Caritas Ihre Fragen beantworten und schließlich zum freiwilligen und aktiven Mithelfen anstiften.

Drei Fragen an Dunja Rabatsch, Mitarbeiterin der Kremser Bank:

Sie engagieren sich bereits seit Monaten für Flüchtlinge. Was genau beinhaltet Ihr Projekt? Sind noch andere MitarbeiterInnen der Sparkasse involviert?

Im Moment kümmere ich mich hauptsächlich um Sachspenden – sammeln, sortieren und ausgeben – unter anderem für ein Sachspendenlager in meinem Heimatort. Unser Spendenlager hat einmal wöchentlich geöffnet. Die Flüchtlinge können sich von Kleidung über Essgeschirr bis hin zu Kinderspielzeug alles holen, was sie brauchen. Die persönlichen Kontakte und die Dankbarkeit, die uns entgegengebracht wird, freuen mich ganz besonders. Auch KollegInnen bringen mir Sachspenden mit und ich weiß, dass sich einige in ihren eigenen Gemeinden engagieren.

Sie werden um Unterstützung für Ihr Projekt beim Flüchtlingsfonds der ERSTE Stiftung ansuchen. Wäre die Finanzierung sonst möglich gewesen?

Beim Flüchtlingsfonds selbst möchte ich ein „Gartenprojekt“ einreichen, die Bewirtschaftung von freien Flächen im Gemeindegebiet – gemeinsam mit einer tollen Projektgruppe

in meinem Heimatort. Die Finanzierung wäre vielleicht auch ohne den Flüchtlingsfonds möglich, aber mit vielen Kompromissen und in abgespeckter Form, da aus den eigenen Taschen finanziert werden müsste.

Welche Tipps haben Sie für Ihre KollegInnen, die sich ebenfalls engagieren wollen?

In nahezu jeder Gemeinde gibt es bereits eine Gruppe von Menschen, die sich um Flüchtlinge kümmern. Jede helfende Hand ist willkommen. Besonders „gezielte Spenden“ sind derzeit gefragt, zum Beispiel kann man eine ÖBB-Vorteilscard schenken oder sein altes Fahrrad spenden. Aber was wirklich jeder tun kann, ist zu versuchen, freundlich und vorurteilsfrei auf unsere neuen BewohnerInnen zuzugehen.

Die nächsten Infoveranstaltungen in Ihrer Nähe:

- Oberösterreich
14. Dezember 2015, 18 Uhr, Linz
- Vorarlberg
16. Dezember 2015, 17.30 Uhr, Dornbirn
- Tirol
17. Dezember 2015, 17.30 Uhr, Innsbruck

FLÜCHTLINGSFONDS DER ERSTE STIFTUNG:

MitarbeiterInnen der Erste Group und Sparkassen für ehrenamtliches Engagement gewinnen

Das von der ERSTE Stiftung initiierte Projekt ‚Willkommen in Österreich: weil jeder Mensch zählt‘ setzt nicht nur auf Aufklärung. Es fördert lokale Initiativen von MitarbeiterInnen. Ob ein Willkommensfest, Ausflüge oder Malworkshops organisiert, Fahrdienste oder Deutschkurse angeboten, ein Infoservice für besorgte MitbürgerInnen oder Wohnräume geschaffen werden: Die ERSTE Stiftung hat einen Flüchtlingsfonds eingerichtet, der mit 500.000 Euro dotiert ist. Projektideen werden zweckgebunden mit Geldbeträgen bis zu 3.500 Euro pro Antrag unterstützt. Der Fonds ist auf ein Jahr angelegt und läuft von November 2015 bis Oktober 2016.

Wie funktioniert's?

Jede/r MitarbeiterIn kann ein Ansuchen über das Portal <https://apply.erstestiftung.org/Fluechtlingsfonds> einreichen. Die Projektanträge werden von einer Jury, bestehend aus ERSTE Stiftung, Caritas und Sparkassenverband, geprüft. Dass wir nur gemeinsam die gesellschaftlichen Herausforderungen meistern können, liegt auf der Hand. Wir freuen uns auf Ihre Ideen und Aktivitäten!

Alle Informationen zum Projekt finden Sie auf der Webseite
www.weil-jeder-mensch-zaeht.at

Von Sophia Uhlich

WIR SIND JUNG UND BRAUCHEN DAS GLÜCK

Die Generation Y und ihre Revolution des Arbeitsmarktes

Selbstverwirklichung, Selbstbestimmung, Sinnsuche: Aspekte, die bei der Generation Y im Mittelpunkt stehen. Diese Generation, im Zeitraum 1980 bis 1995 geboren, ist dabei, unsere Gesellschaft und unsere Arbeitswelt zu revolutionieren. Auch die Tiroler Sparkassen haben sich im Rahmen des diesjährigen Wirtschaftsdialoges dieser Thematik angenommen und unter dem Motto „Wir sind jung und brauchen das Glück – wie die Generation Y die Arbeitswelt revolutioniert“ zu einer Fortbildungsveranstaltung eingeladen.

Wer ist diese neue, dynamische Generation überhaupt und was treibt sie an? Die Bezeichnung Generation Y kommt aus dem Englischen – das Y steht dabei für „why“ – „warum“ – und stellt den Drang des kritischen Hinterfragens in den Mittelpunkt. Während die Generation Y gerade zahlreich auf den Arbeitsmarkt strömt, fragen sich viele ArbeitgeberInnen, mit wem sie es eigentlich zu tun haben, und hegen dabei eine Vielzahl an Vorurteilen. Arbeitsscheu, uninteressiert, bequem: Das sind nur einige Eigenschaften, die Chefs und PersonalberaterInnen der neuen Generation zuschreiben. Doch eine Umfrage der Universität Innsbruck, die im Rahmen des 12. Wirtschaftsdialoges präsentiert wurde, widerlegt viele dieser Vorbehalte. Die Generation Y ist durchaus karriere- und erfolgsorientiert und möchte arbeiten. Nur halt anders. „90 Prozent dieser Generation sehen eine sinnvolle Beschäftigung als wichtigstes Ziel und legen Wert auf ein Arbeitsumfeld, das in Einklang mit ihren Bedürfnissen steht“, erläutert Kurt Matzler, Leiter des Instituts für Strategisches Management an der Universität Innsbruck, die Studie.

ZERFLIEßEN DER SPHÄREN ZWISCHEN BERUF UND FREIZEIT

Die Generation Y fordert eine neue Berufswelt, fern von starren Arbeitszeiten und Präsenzpflchten. Stattdessen plädiert sie für Vertrauensarbeit und mobile Büros, die ganz den Geist unserer digitalisierten Gesellschaft spiegeln. Die heutige Berufswelt wandelt sich mehr und mehr zu einer Kreativ- und Wissensökonomie, in der sehr viele Arbeiten am Computer unabhängig von Zeit und Ort erledigt werden können. Bei der Generation Y zerfließen die Sphären zwischen Beruf und Freizeit. E-Mails werden auch noch nach Feierabend beantwortet, der Projektbericht wird im Urlaub schnell fertig geschrieben. Im Gegenzug wird im Büro aber auch mal der Facebook-Account aufgerufen. Die Generation Y ist keine Generation der Karriereverweigerer, sie definiert beruflichen Erfolg nur anders. Die Aussicht auf eine Arbeit, die Freude macht und Sinn stiftet, motiviert die dynamische Generation. Flexible Arbeitszeiten und die Vereinbarkeit von Karriere und sozialem Leben haben Priorität. Doch die Generation Y fordert nicht nur ei-

niges von ihren ArbeitgeberInnen, sie bietet diesen auch einiges. Sie ist sehr gut ausgebildet, international und vielsprachig. Noch nie zuvor gab es innerhalb einer Alterskohorte so viele Menschen mit Matura und/oder einem Hochschulabschluss. Hinzu kommt die ausgeprägte Technikaffinität und die Bereitschaft digital zu kommunizieren. Diese spielt auch bei der jüngeren Führungsgeneration eine wichtige Rolle und unterstreicht deren kommunikativ-konsequenten Führungsstil.

GEGEN DIE AUTORITÄT

Die deutsche Jungunternehmerin und TV-Persönlichkeit Lencke Steiner betonte beim Wirtschaftsdialog 2015 die Herausforderung, generationsbedingt konträre Führungsstile in einem Unternehmen zusammenzuführen: Während die Generation Y enormen Wert auf Kommunikation legt, verhalten sich ältere Führungskräfte oftmals recht autoritär und geben nur wenig Verantwortung ab. Allerdings fordern der derzeit stetig steigende Fachkräftemangel sowie der Mobilitätsdrang der neuen Generation Wirtschaftstreibende auf, sich zukunftsfähiger und moderner aufzustellen. Dazu zählt unter anderem, sich an die neuen Kommunikationsmöglichkeiten, die von der Generation Y schon aktiv angewendet werden, anzunähern. „Unternehmen müssen sich noch stärker auf die Nutzung neuer Kommunikationsmedien wie Social Media einrichten und ihre Online- und E-Mail-Marketing-Aktivitäten steigern, um die junge Generation als zukünftige MitarbeiterInnen zu erreichen“, meint Lencke Steiner. Die Veränderungen im Kommunikationsverhalten können

auch als Chance für die Wirtschaft gesehen werden und somit als eine Möglichkeit junge Zielgruppen anzusprechen.

Max Wittrock, der mit zwei Studienfreunden den Online-Bestell-Shop mymuesli.de gegründet hat, ist ein Beispiel dafür, dass die Generation Y mit ihrer neuen Interpretation der Arbeitswelt sehr erfolgreich sein kann. Sein Unternehmen, das Müslikreationen aus 75 Bio-Zutaten anbietet, wurde 2007 zum Start-up des Jahres gewählt und beschäftigt mittlerweile über 150 MitarbeiterInnen. Die Generation Y begegnet dem 30-Jährigen sowohl als ArbeitnehmerInnen als auch als KundInnen. In seinem Vortrag beim Wirtschaftsdialog 2015 betonte Wittrock die Herausforderung, die junge Generation kommunikativ zu erreichen und internetaffine IndividualistInnen von seinen Produkten zu überzeugen.

Gründer Max Wittrock, der mit zwei Studienfreunden den Online-Bestell-Shop mymuesli.de gegründet hat





FÜNF FRAGEN AN ...

GERDA ROGERS, ASTROLOGIN

1. WAS IST IHR ANTRIEB, IHR LEBEN DEN STERNEN ZU WIDMEN? Zunächst war es pure Neugier. Nachdem ich auf vielen Reisen den faszinierenden mystischen Welten alter Kulturen begegnet bin, begann ich mich dafür zu interessieren, ob unser Schicksal vorgezeichnet ist. Später dann machte ich es mir zur Aufgabe, mit meinem astrologischen Wissen anderen Menschen zu helfen. **2. WAS IST FÜR SIE ERFOLG?** Wenn ich mein Wissen und meine Fähigkeiten erfolgreich einsetzen kann. Wobei es nicht nur darum geht, dass das, was man tut, angenommen wird, sondern dass man damit auch einen sinnvollen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenleben leistet. Entsprechende positive Resonanz ist der schönste Lohn für meinen Arbeitseinsatz. **3. WIE WICHTIG IST IHNEN GELD?** Es ist mir so weit wichtig, als es mir meine Unabhängigkeit und somit meine Freiheit ermöglicht. Womit auch Bewegungsfreiheit gemeint ist. Es wäre mir unerträglich, von anderen abhängig zu sein oder gar anderen oder der Gesellschaft zur Last zu fallen. Ich möchte jederzeit für mich selbst und meine Bedürfnisse sorgen können und entsprechend abgesichert sein. **4. WELCHEN BEITRAG LEISTEN SIE FÜR EINE BISSCHEN BESSERE WELT?** Indem ich dank meines Wissens anderen Menschen helfen kann, ihr Leben besser zu bewältigen. Jemandem in schwierigen Lebensphasen neuen Mut zu machen und ihn oder sie gegebenenfalls auch zur besseren Nutzung der eigenen Möglichkeiten anzuleiten, kann schon viel bewegen. Ich stelle meine Popularität aber auch immer wieder in den Dienst von Charity-Aktivitäten, zum Beispiel Pink Ribbon oder Aids-Hilfe. **5. WAS SAGEN DIE STERNE: WIE WIRD DAS JAHR 2016?** Es wird zweifellos ein schwieriges Jahr, wie schon die Vorboten in diesem Herbst gezeigt haben, die Migrationsströme und das Paris-Attentat. Die massive Spannung zwischen Uranus und Pluto einerseits und Saturn und Neptun andererseits zeigt, dass wir inmitten großer Veränderungen stehen, die uns vor gewaltige neue Herausforderungen stellen. Da werden wir uns warm anziehen und umdenken müssen.

INFO: Gerda Rogers wurde am 1. Jänner 1942 im mährischen Šumperk (damals Mährisch-Schönau) wenige Minuten nach ihrer Zwillingschwester Renate geboren. Aufgewachsen in Steyr und Wien, unternimmt sie später zahlreiche Weltreisen und lebt mit ihrem zweiten Ehemann auf drei Kontinenten. In Rom beginnt sie schließlich ihre astrologische Ausbildung. Ab 1992 wird sie dank der allwöchentlichen „Ö3 Sternstunden“ zu Österreichs bekanntester Astrologin.

Foto: Gerda Rogers: <http://www.rogers.at/presse/>

ERSTE  **SPARKASSE** 
Was zählt, sind die Menschen.



YOU INVEST

Auch als Einsteiger in der Profiligena mitspielen.

Jetzt auf youinvest.at informieren!

Geldanlage neu erleben: mit unserem innovativen Veranlagungskonzept. Aktiv gemanagt von unseren ExpertInnen.

Die Chancen und Risiken einer Veranlagung in diese Investmentfonds sowie die Rechtsdokumente (Prospekt und KID inkl. deren Abholstellen und Sprachversionen) sind auf der Homepage www.youinvest.at ersichtlich.

